

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Heidrun Dittrich, Heidrun Bluhm, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, Dr. Martina Bunge, Ulla Jelpke, Katja Kipping, Dorothee Menzner, Yvonne Ploetz, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Kathrin Vogler, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion der DIE LINKE.

Wohnsituation von Seniorinnen und Senioren in Deutschland

In Deutschland wird im Jahr 2020 fast jeder Dritte 60 Jahre und älter sein.

Die Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig in ihren Wohnungen und ihrem Wohnumfeld leben. Damit dies möglich ist, müssen ihre Wohnungen und ihr Umfeld auch altersgerecht und weitgehend barrierefrei sein. Diese wachsende Zahl von älteren Menschen wird in naher Zukunft zu einem steigenden Bedarf an altersgerechten, weitgehend barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen führen.

Mit dieser Entwicklung sind Veränderungen der Bedürfnisse, sowie Anforderungen und Wünsche der Bevölkerung an Wohnen, Wohnumfeld, Freizeit und Infrastruktureinrichtungen verbunden.

Die meisten Seniorinnen und Senioren leben mit einer Partnerin oder einem Partner zusammen, mit zunehmendem Alter aber auch häufiger alleine. Die Wohnung, ihr Umfeld und dessen Infrastruktur sind entscheidend für ein selbstständiges Leben im Alter.

Selbst bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung ziehen ältere Menschen die eigene Wohnung und das bekannte Wohnumfeld vor. Umzüge in Alten- und Pflegeheime finden vor allem erst bei schwerer oder zunehmender Pflegebedürftigkeit statt.

Die Wohnsituation älterer Menschen bleibt wegen ihres wachsenden Anteils an der Bevölkerung, der zunehmenden Nutzung der eigenen Wohnung auch im höheren Alter und der Notwendigkeit, die verschiedenen Altersgruppen differenziert zu betrachten, weiterhin ein wichtiges gesellschaftliches Thema.

Besonders unter dem Aspekt der drohenden Altersarmut vieler Menschen wegen gebrochener Erwerbsbiografien und geringer Arbeitseinkommen ist es wichtig zu erfahren, ob und wie diese Menschen es sich leisten können, weiterhin in ihren Wohnungen zu leben.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Zusammenleben und Wohnen von Seniorinnen und Senioren mit anderen Personen?
 - a) Welche Gruppen von Seniorinnen und Senioren lassen sich hinsichtlich ihres Lebensstils und Freizeitverhaltens unterscheiden?

- b) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen für die zukünftige Wohnsituation?
2. Welche Eigenschaften muss eine durchschnittliche Wohnung für Seniorinnen und Senioren bieten (bitte folgende Punkte beachten: Ausstattung, Wohnfläche, Lage, Wohnumfeld)?
 3. Wie viel Wohnfläche steht durchschnittlich einer Seniorin bzw. einem Senior zur Verfügung (bitte nach Ost- und Westdeutschland sowie nach Klein-, Mittel-, Großstadt und ländlichem Raum aufschlüsseln)?
 4. Wie viel Prozent müssen Seniorinnen und Senioren durchschnittlich von ihrem Einkommen für die Mietbelastung aufwenden (bitte nach Ost- und Westdeutschland, nach Frauen und Männern, sowie nach Einpersonenhaushalten, Zweipersonenhaushalten, mehr als Dreipersonenhaushalten und Mehrgenerationenhaushalte, aufschlüsseln)?
 5. Wie ist die Verteilung auf die unterschiedlichen Wohnformen (bitte in absoluten Zahlen sowie nach Miete/Eigentum, eigener Wohnung/Eigenheim, Gemeinschaftsunterkünfte, alternativen Wohnformen und Verteilung Mann/Frau auf die Wohnformen aufschlüsseln)?
 6. Wie ist die Verteilung der Seniorinnen und Senioren auf die unterschiedlichen Haushaltsgrößen insgesamt (bitte in Einpersonenhaushalte, Zweipersonenhaushalte, mehr als Dreipersonenhaushalte und Wohngemeinschaften aufschlüsseln)?
 7. Wie ist die Verteilung von Männern und Frauen auf die unterschiedlichen Haushaltsgrößen, und wie erklärt sich die Bundesregierung diese Verteilung (bitte in Einpersonenhaushalte, Zweipersonenhaushalte und mehr als Dreipersonenhaushalte aufschlüsseln)?
 8. Wie viele Mehrgenerationenhaushalte gibt es im Vergleich mit dem Jahr 2005 in Deutschland, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Veränderung unter dem Aspekt, dass es immer mehr Mehrgenerationenfamilien gibt?
 9. Wie viele Seniorinnen und Senioren leben in Hausfamilien (bitte nach absoluten Zahlen und im prozentualen Verhältnis zu den übrigen Wohnformen aufschlüsseln)?
 10. Wie viele Seniorinnen und Senioren leben in Wohngemeinschaften (bitte nach absoluten Zahlen und im prozentualen Verhältnis zu den übrigen Wohnformen aufschlüsseln)?
 11. Über wie viel altersgerechten und barrierefreien Wohnraum in Wohneinheiten verfügt Deutschland derzeit nach Erkenntnis der Bundesregierung?
 12. Mit welcher Entwicklung rechnet die Bundesregierung auf dem Wohnungsmarkt unter dem Aspekt der Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen im Jahr 2015 und bis zum Jahr 2030?
 13. Mit welcher Entwicklung rechnet die Bundesregierung bezüglich der Haushaltsgrößen bis zum Jahr 2020?
 14. Wie viele Wohnungen sind insgesamt im Besitz des Bundes?
Wie viele davon sind altersgerechte und barrierefreie Wohnungen (bitte in relativen und absoluten Zahlen aufschlüsseln)?
 15. Wie verhält sich die Anzahl der barrierefreien Wohneinheiten zur Zahl der derzeit über 65-Jährigen in Deutschland?
Wie viele im Besitz des Bundes befindliche barrierefreie Wohnungen werden von Seniorinnen und Senioren bewohnt (bitte in absoluten Zahlen aufschlüsseln)?

16. Mit welchen konkreten Maßnahmen fördert die Bundesregierung gemeinschaftsorientierte sowie generationsübergreifende Wohnformen, die ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglichen sollen?
17. Wie schätzt die Bundesregierung den Erfolg des Programms der KfW Bankengruppe „Altersgerechtes Umbauen“ ein, und worin sieht sie Verbesserungsbedarf?
Welchen Anteil leistet der Bund aktuell zu diesem Förderprogramm?
18. Für wie viele Wohneinheiten (in absoluten Zahlen) wurden bis dato Förderungen aus dem Programm der KfW Bankengruppe „Altersgerechtes Umbauen“ beantragt?
19. Wie viel wurde bis dato ausgeschüttet?
20. Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung, um Menschen auch im Alter und/oder bei Pflegebedürftigkeit den Verbleib im angestammten Quartier zu ermöglichen?
21. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für dringend notwendig, um auf die wachsende Anzahl von alleinlebenden Seniorinnen und Senioren ohne jegliches soziales Umfeld und familiäre Kontakte zu reagieren?
22. Wie viele Seniorinnen und Senioren erhalten Wohngeld, und in welcher Höhe erhalten sie dieses (bitte nach Frauen und Männern aufschlüsseln)?
23. Wie viele Seniorinnen und Senioren haben im vergangenen Kalenderjahr Wohngeld in Form von Grundsicherung im Alter erhalten (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
24. Was will die Bundesregierung unternehmen, um steigende Wohnkosten zu verhindern und damit einen erzwungenen Umzug von Seniorinnen und Senioren aus ihrer gewohnten Wohnumgebung zu verhindern?
25. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, über Strom-, Gas- und Warmwassersperren in Haushalten von Seniorinnen und Senioren (bitte nach Gründen, Länge der Sperre, Auftreten in den Haushaltsformen und Gesamtzahl der Sperren im letzten Jahr aufschlüsseln)?
26. Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung um zu verhindern, dass Seniorinnen und Senioren längere Zeit ohne Strom, Gas oder Warmwasser leben müssen?
27. Wie will die Bundesregierung die Versorgung der älteren ländlichen Bevölkerung sicherstellen (z. B. nahegelegene Einkaufsmöglichkeiten, Ärztinnen und Ärzte in der unmittelbaren Umgebung)?
28. Welche Anforderungen haben Seniorinnen und Senioren nach Ansicht der Bundesregierung an ihre Wohnung?
29. Welche ist die bevorzugte Wohnform, wenn Seniorinnen und Senioren sich für einen Umzug entscheiden?
30. Wie möchte die Bundesregierung unter dem Aspekt der drohenden Altersarmut von Seniorinnen und Senioren innerhalb der nächsten zehn Jahre auf die Wohnkostenentwicklung reagieren?

Berlin, den 20. Dezember 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

